

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/46. Jahrgang

August 2015

Schutzgebühr: 0,40 €

Stadtwerke Gießen - gewöhnlicher Kapitalismus

Der Gewinn der Stadtwerke Gießen (SWG) ist mit 6,8 Millionen Euro in der Bilanz für 2014 etwa so hoch wie im Vorjahr. Die Stadt Gießen, die Eigentümerin, freut sich: sie erhält 2,5 Millionen Euro als Dividende ausbezahlt - angesichts leerer Kasse schon ein Batzen.

Für die Kunden der SWG ist dies kein Grund zur Freude. Würden ihnen doch durch überhöhte Preise 6,8 Millionen Euro zu viel aus der Tasche gezogen. Vor Jahren, als die Stadt noch nicht dazu übergegangen war, ihre Betriebe in GmbHs oder AGs umzuwandeln, galt das Prinzip der „kostendeckenden“ Preise und Gebühren, d.h. es sollte so kalkuliert werden, dass die Stadt keine Zuschüsse bezahlen muss.

Jetzt werden die städtischen Betriebe

gezwungen, Überschüsse zu erwirtschaften. Mit anderen Worten: Wären die SWG keine AG hätten die Kunden entsprechend weniger bezahlt.

Hätten wir einen „Sozialstaat“, würde noch viel weniger verlangt werden, könnten Busse und Bäder kostenlos bzw. zu einem geringen Betrag genutzt und die Menschen mit preiswerter Energie versorgt werden.

Wir erinnern: Wir bezahlen über die Mehrwert- und Lohnsteuer den Hauptteil des gesamten Steueraufkommens, während die Unternehmer und Superreichen geschont werden.

Wir (und das sind die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, die Arbeitslosen, auch Hartz-IV-Empfänger bezahlen Mehrwertsteuer) sollten auch darüber bestimmen, wie die Steuer-

gelder verteilt werden. Stattdessen werden wir mit solchen Tricks zusätzlich belastet. – Das ist Kapitalismus pur.
Erika Beltz

P.S.: Im Bericht beklagen die SWG zurückgehende Besucherzahlen in den Bädern; sie sollten mal prüfen, ob das mit der LaGa zusammenhängt, während der deren Besucher, einschließlich Studierende, das Freibad kostenlos nutzen konnten.

Inhalt:

Atomabkommen Iran/Flüchtlinge	S.2
Stadtparlament/Wohnbau	S.3
Unikliniken/Nazi-Anschlag	S.4
Streik/TTIP/RP	S.5
Kuba/Eritrea/Kurdistan	S.6
Studieren nicht leicht/Terror/Leserbrief	S.7
Kolonie Griechenland/Termine	S.8

Für ein Verbot und die Vernichtung aller ATOMWAFFEN - weltweit!

Im August jähren sich die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki zum 70. Mal, die hunderttausenden Menschen das Leben kosteten. Trotzdem planen alle Atomwaffenstaaten die Modernisierung ihrer Arsenale, wollen Milliarden in die atomare Rüstung stecken. Wir fordern ein Verbot und die Vernichtung aller Atomwaffen und unterstützen den Aufruf der Deutschen Friedensgesellschaft. - Weitere Informationen unter: <https://www.dfg-vk.de/aktuelles/informationen-der-friedensbewegung/2015/1036>.



Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Atomabkommen mit Iran - Niederlage für Kriegstreiber

Nach jahrelangen Verhandlungen wurde der Regierung des Iran etwas zugestanden, worauf sie eigentlich sowieso Anspruch hat: Nutzung von Radioaktivität und Kernspaltung zu friedlichen Zwecken. Iran hat den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. Dieser Vertrag erlaubt ausdrücklich die friedliche Nutzung und verpflichtet die über entsprechende Technologien verfügenden Staaten, andere zu unterstützen.

Trotz Atomwaffensperrvertrag haben mehrere Länder Atomwaffen entwickelt, zum Beispiel Israel, China, Indien, Pakistan, Nordkorea, Südafrika. Von diesen Staaten war nur Nordkorea von Sanktionen betroffen. Am schärfsten wurde gegen den Iran vorgegangen, obwohl es keine stichhaltigen Beweise dafür gibt, dass dort jemals an der Entwicklung von Atombomben gearbeitet wurde. Schärfster

Befürworter von Maßnahmen gegen den Iran war immer die Regierung von Israel. Dessen jetziger Regierungschef Netanjahu möchte am liebsten die wirtschaftliche und technische Basis des Iran militärisch vernichten. Welche Folgen ein weiterer zerstörter Staat in dieser Region haben könnte, scheint ihn nicht zu interessieren – Hauptsache, Israel behält sein Atommonopol im Nahen Osten. Im jetzt abgeschlossenen Vertrag verzichtet Iran auf einen großen Teil seiner Kapazitäten zur Anreicherung von Uran, auf den Betrieb eines veralteten Schwerwasserreaktors und gestattet der Internationalen Atomenergiebehörde umfangreiche Kontrollen in allen nuklearen Anlagen. Diese Kontrollen wurden bisher eingeschränkt, da nicht sicher war, ob es den Kontrolleuren um technische Details ging oder um Zielkoordinaten

für bereitstehende Bomber und Raketen. Als Gegenleistung werden Handelsbeschränkungen und andere Sanktionen nach und nach abgebaut. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein anderer Aspekt. Unter dem Verweis auf angebliche, drohende Atomraketen aus dem Iran will die USA in Osteuropa ein System von Abwehr raketen aufstellen. Dieser Vorwand fällt jetzt weg – was wird den US-Militärs einfallen, um die in Wirklichkeit gegen Russland gerichteten Raketen doch zu installieren? Notwendig ist noch eine andere Schlussbemerkung: Sinnvoll ist die Weiterentwicklung der Kernenergie im Iran genauso wenig wie deren Nutzung irgendwo sonst. Viel vernünftiger wäre es für das Land, auf reichlich vorhandene Alternativen wie Sonne, Wind, Wasserkraft usw. zu setzen.

Gernot Linhart

Wer ist schuld an den Flüchtlingsströmen?

Die katastrophalen Zustände in den hoffnungslos überbelegten Flüchtlingsunterkünften schreien zum Himmel. 159.927 Menschen sind im ersten Halbjahr 2015 in die BRD geflohen. Wirkliche Hilfe gibt es trotz Bemühung nicht. Konflikte sind programmiert und werden von rechten Kräften instrumentalisiert und zur Ausländerhetze benutzt. Über die Hintergründe und Ursachen der Flucht wird geschwiegen. Sie machen deutlich, dass es der Machterweiterungsdrang vor allem

der USA und der BRD-dominierten EU ist, der dieses Elend hervorbringt. Die allermeisten (25,5%) Flüchtlinge kommen aus Syrien, der Arabischen Republik und aus dem Irak, also den Ländern, die gezielt zerstört, verwüstet und in einem Jahre dauernden Krieg unbewohnbar gemacht wurden, in denen den Menschen – sofern sie

überlebten - ihre Existenzgrundlage entzogen wurde – in einem Kampf ums Öl.

Die zweitgrößte Flüchtlingsgruppe kommt aus den südlichen Staaten des früheren Jugoslawien und Albanien: Kosovo (17,9%), Albanien (13,6%),

gische Gebiet zu sichern. Dazu diente auch die völkerrechtswidrige Anerkennung des Kosovo.

5% der Flüchtlinge kommen aus Afghanistan, dem Land, in dem die USA und die westliche Wertegemeinschaft seit 14 Jahren Krieg führen.

Die Flüchtlingszahlen anderer Herkunftsländer sind minimal und liegen unter der von Mazedonien (einschließlich Eritrea).

Notwendig wäre es, diese Länder zu befrieden und sie beim zivilen Aufbau zu unterstützen. Aber dies geschieht nicht. Im Gegenteil.

Jahrelang hat der Westen in Syrien die „Freie Syrische Armee“ unterstützt, um Assad zu stürzen. Jetzt, nachdem diese zur „IS“ bzw. „ISIS“ mutiert ist und Terror verbreitet, entschloss man sich halbherzig sie zu bekämpfen. Ein vergebliches Unterfangen, denn riesige finanzielle und militärische Unterstützung erhalten die Terrormilizen aus Saudi-Arabien. Und wer liefert denen die Waffen? Die BRD.

Michael Beltz



Serbien (6,3%), Mazedonien (2,6%). Hier liegt die Hauptschuld bei der BRD, die mit Kohls/Genschers Hilfe Jugoslawien zerschlagen und die Ethnien gegeneinander aufgehetzt hat, worauf Schröder/Fischer 1999 den Angriffskrieg auf das Land führten, „um Auschwitz zu verhindern“, sich die Vorherrschaft über das geostrate-



Aus dem Stadtparlament

Wieseckau

Zu Beginn der letzten Sitzung des Parlaments beantwortete Bgm. Weigel-Greilich die Fragen von Michael Beltz zur Wieseckau. Sie stellte fest, dass das „Gartenamt“ über die Wieseckau bestimme - wohl um von



ihrer eigenen Verantwortung als zuständige Dezernentin abzulenken. Es sei nicht geplant, das Hausrecht einzuschränken bzw. an den Förderverein der LaGa abzutreten. Auf die Zusatzfrage nach Möglichkeiten, Lärmbelästigungen und Verstöße gegen Naturschutz abzustellen, meinte sie: um ersteres werde sich bemüht und leugnete letzteres.

Baumschutzsatzung

Eine längere Diskussion entfachte die geplante „Baumschutzsatzung“,

die nun erarbeitet werden soll – nachdem der LaGa hunderte Bäume u. a. wegen „Sichtachsen“ zum Opfer fielen und die Bauherren in Gießen ungestraft alles fällen, was im Wege steht. - Selbst wenn die alte Baumsatzung noch in Kraft gewesen wäre, hätte Kettensägen-Gerda (dieses Wort fiel auf der Versammlung) in der Wieseckau wüten können, denn sie bezog sich nur auf Bäume im Privatbesitz. Ob das jetzt anders wird?

Bebauung RKH-Gelände

Dagegen wurde der Bebauungsplan zum RKH-Gelände fast kommentarlos durchgewunken - zum Entsetzen der anwesenden Anwohner, die sich in einer BI zusammengeschlossen haben, um gegen dieses Monsterprojekt vor ihrer Haustür anzugehen. Auch hier zeigt sich glasklar, was von den Versprechungen einer „Bürgerbeteiligung“ zu halten ist und sein wird: Trotz Asbest-Gefahr beim Abriss, die Umweltschutz ermittelt bereits, Lagerung von fremdem Bauschutt, Verhängung eines Bußgeldes und Aggressionen gegen BI-Sprecher sieht der Magistrat kein Handlungsbedarf.

Erstattung Kita-Gebühren

Einstimmig wurde die Erstattung der Kita-Gebühren während des Streiks beschlossen, wobei der Verdacht, dass die anstehenden OB-Wahlen den Ausschlag gegeben haben, nicht ganz ausgeräumt werden konnte. Sonst hätte man dem Antrag der Freien Wähler, dies auch für den Fall künftiger Streiks zu beschließen, stattgeben können.

Wohnbau: Herr Thies braucht Druck

Nach der Beharrlichkeit einer Wohnbau-Mieterin, die einen Teilerfolg (teilweise wurden uralte Verschmutzungen nachträglich entfernt) wegen schlecht oder nicht ausgeführter Reinigungsarbeiten errungen hat, hat Geschäftsführer Thies offenbar auf Stützholzraspeln umgeschaltet. Bezeichnenderweise geschah dies erst nach Veröffentlichung des Artikels „Wohnbau Gießen wöhnt sich im Oberwasser - Rechtsanwalt versäumte Beru- fungsfrist“. Während er bisher nur widerwillig reagierte, versicherte er ihr nun in einem Schreiben vollstes Entgegenkommen und Gesprächsbereitschaft und bittet, „Mängel an das zuständige Team in unserem Haus zu richten, das die Aufträge überwacht“, damit bei „groben Abweichungen unverzüglich eingegriffen werden kann“. Da hat Herr Thies wohl etwas verwechselt. Seit wann sollen die Mieter Reinigungsarbeiten kontrollieren; das ist die selbstverständliche Aufgabe der Wohnbau. Und er sollte wissen, dass immer noch nicht gemäß der Leistungsbeschreibung gearbeitet wird. Wenn Leistungen berechnet, aber nicht erbracht werden, ist dies etwas anderes als grobe Abweichungen. Auch das hat die Wohnbau bis heute noch nicht verstanden. Bei dieser "Qualitätsarbeit" ist es außerdem ein Hohn, dass sich eine 75 Jahre bestehende Firma an jeder Haustüre ihrer Wohnungen mit einem "schmucken Hochglanz-Emblem" brüstet. Nichtsdestotrotz sollten die Mieterinnen und Mieter, die die Artikel im Gießener Echo mit Aufmerksamkeit und Zustimmung verfolgt haben, Herrn Thies beim Wort nehmen und Druck machen.



Fachaufsichtsbeschwerde gegen Weigel-Greilich

Wegen der Fällung von 14 Kastanien auf dem Gelände der früheren Bergkaserne haben Umweltverbände und der Verein Lebenswertes Gießen beim RP eine Fachaufsichtsbeschwerde gegen Bgm. Weigel-Greilich eingereicht. Sie erklärte, die Abholzung sei rechtens, weil die Bäume durch Neupflanzung ersetzt würden. Mit dieser Argumentation, so die Baumschützer, kann jeder Baum, der laut Vorschrift erhalten werden soll, gefällt werden, sofern er durch Neupflanzung eines kleinen Bäumchens ersetzt würde.

Gesundheitswesen - weg mit dem Profitsystem

Erfolgreiche Klinik-Streiks

Nach einem Warnstreik mit guter Beteiligung wurde am Uniklinikum Gießen-Marburg (UKGM) ein neuer Tarifvertrag für die Beschäftigten (außer Ärzten, für die gilt ein Vertrag mit dem Land Hessen) abgeschlossen. Die Entgelte steigen in diesem und nächsten Jahr um insgesamt 5,5% - für die immer weiter steigende Arbeitsbelastung wenigstens etwas mehr Geld. Etwa gleichzeitig wurde am Berliner Uniklinikum Charité ein 10-tägiger Streik erfolgreich beendet. Dort ging es nicht um mehr Geld, sondern um bessere Arbeitsbedingungen. Die dortige Geschäftsleitung und die Gewerkschaft ver.di einigten sich auf ein Eckpunktepapier, nach dem verbindliche Mindestbesetzungsstandards für alle Beschäftigtengruppen festgelegt werden sollen.

Solche Mindeststandards müssten auch für alle anderen Krankenhäuser durchgesetzt werden, um die immer weitere Zunahme der Arbeitsbelastung zu stoppen. Vorbildlich am Berliner Streik war das Zusammengehen von Klinikpersonal und Postlern, die mit einer gemeinsamen Demonstration ins Regierungsviertel ihre gegenseitige Solidarität zeigten. Die Probleme bei der Krankenversorgung haben sich schon bis zur Bundesregierung rumgesprochen. Abhilfe will sie mit zwei Gesetzen schaffen – ein „Versorgungsverstärkungsgesetz“ und ein „Krankenhausstrukturgesetz“.

Weder die Kassenärztliche Vereinigung noch die Krankenhausgesellschaft und die Gewerkschaft ver.di halten diese Gesetze für geeignet, die Lage zu verbessern.



Neue Gesetze - alte Misere

Mit dem Strukturgesetz sollen bis 2018 maximal 7000 neue Stellen in der Pflege geschaffen werden – nach Berechnungen von ver.di fehlen dort aber mindestens 70 000 Stellen. Kliniken mit schlechten Leistungen sollen finanziell abgestraft, gute Leistungen dagegen belohnt werden. Aber was sind die Maßstäbe für Leistungen? Voraussichtlich werden Klini-

ken, die eh schon wirtschaftliche Probleme haben, endgültig ruiniert, während Kliniken, die sich auf lukrative Operationen spezialisiert haben, noch profitabler werden. Den Kliniken wäre am besten geholfen, wenn alle Bundesländer ihrer gesetzlichen Pflicht zur Finanzierung aller Investitionen endlich nachkämen. Außerdem müsste die Abrechnung über Fallpauschalen geändert werden. Krankheiten und deren Heilung können nicht nach einem einfachen Schema eingeteilt werden. Nach dem bisherigen System sind Schwerkranke, die länger in der Klinik bleiben müssen, für diese ein Verlustgeschäft. Gewinnbringend sind dagegen fast gesunde, die einen schnell operativ zu beseitigenden Schaden haben und schnell wieder entlassen werden können. Die Orientierung der Krankenversorgung am Profit schadet uns allen, die zunehmenden Privatisierungen machen die Sache noch schlimmer. Wir brauchen ein Gesundheitswesen, das am gemeinsamen Wohl und nicht am Gewinn orientiert ist. Gernot Linhart

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
 UZ Woche für Woche antikapitalistisch!
10 Wochen kostenlos testen
 CompressVerlag, Hoffnungs-Str. 18, 45127 Essen
 info@unsere-zeit.de

Nazi-Anschlag auf Projektwerkstatt - Polizei und Presse verharmlosen

„24-jähriger randaliert in Projektwerkstatt“ – mit dieser Überschrift berichtete die Presse über einen Nazi-Überfall auf die Projektwerkstatt Saasen. Drei bekannte Mitglieder der Nazi-Bande aus dem Lumdatal schlugen in der Werkstatt Scheiben ein und bedrohten Bewohner. Die Polizei kam mit großem Aufgebot, der Staatsschutz ermittelt – sieht aber keine politischen Motive. Die Mitglieder der Projektwerkstatt stellten keinen Strafantrag. Sie wiesen darauf hin, dass es sich bei den Tätern um deklassierte Menschen handelt, die gegen ihre eigenen Interessen handeln. Statt ihren Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft zu richten kämpfen sie gegen diejenigen, die für eine Änderung der Verhältnisse arbeiten. G.L.



Streik - Wichtigstes Kampfmittel der Arbeiterklasse

Seit es auf der Welt Unterdrückte und Unterdrücker, Ausgebeutete und Ausbeuter, Beherrschte und Beherrscher gibt, stehen sich diese unversöhnlich gegenüber. Während die Ersteren stets um ein menschenwürdiges Leben kämpfen müssen, versuchen die Letzteren, sie mit kleinsten Almosen abzuspeisen und drohen dabei immer wieder mit Sanktionen. Schon Adam soll sich verbotenerweise vom Apfelbaum bedient haben und wurde mit Aussperrung bestraft. Dies hielt jedoch die Menschen in den folgenden Jahrtausenden nicht davon ab, für ihre Rechte zu kämpfen.

Geht es um Arbeit und Kapital, um Auseinandersetzungen zwischen Beschäftigten und Unternehmern, wird der Streik als Mittel zur Durchsetzung von Forderungen benutzt. Ging es anfangs darum, überhaupt Lohn zu bekommen, sind die Streikgründe vielfältiger geworden. Neben Lohnerhöhung und Ar-

beitszeitverkürzung ging es auch um verbesserte Arbeits- und Lebensbedingungen, Tarifverträge, Gleichbehandlung und Mitspracherechte. Und was ist davon übrig geblieben? Gestreikt wird heute überwiegend dafür, Verschlechterungen zu verhindern. So sollte der Arbeitskampf bei der Deutschen Post AG die Ausglie-

de vorgeschlagen, aber nur, wenn der Krankenstand auf vier Prozent gedrückt werde!

In vielen Bereichen haben sich die Anforderungen erhöht, ohne dass sich für die Betroffenen finanziell oder arbeitszeitlich etwas änderte: Krankenschwestern und Pflegekräfte streiken für Mindestpersonalausstattungen, Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsbereich kämpfen um bessere Eingruppierungen. Beim Onlinehändler Amazon streiken die Beschäftigten mit der Gewerkschaft ver.di seit Jahren für die Bezahlung nach dem Tarifvertrag des Einzel- und Versandhandels. Da Amazon ein typischer Versandhändler ist, müsste dieser angewendet werden, was Amazon aber erheblich mehr kostet.



derung von Briefzustellern verhindern. Das Ziel wurde nicht erreicht, Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen werden die Folge sein. Beim Geld- und Werttransportunternehmen Prosegur hatte die Firmenleitung eine Lohnerhöhung von 65 Cent pro Stun-

nicht weiter ungehindert ihre Profite auf Kosten der Beschäftigten steigern können, muss das Streikrecht nicht nur konsequent verteidigt, sondern auch solidarisch verstärkt angewendet werden. Rainer Grabowski

"STOP TTIP" läuft bis 8. Oktober

Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative "Stop TTIP" hat die Zwei-Millionen-Marke übersprungen, über 2.337.000 Unterschriften liegen derzeit vor. Damit ist das Bündnis von 470 Organisationen aus allen EU-Mitgliedstaaten die bisher größte Europäische Bürgerinitiative. Sie kann beispielsweise online unterschrieben werden auf: <https://stop-ttip.org/de>

Der Arbeiter heißt Arbeiter, weil er was arbeitet.

Der Unternehmer heißt Unternehmer, weil er was unternimmt.

Würden die Arbeiter etwas unternehmen, müssten die Unternehmer arbeiten.

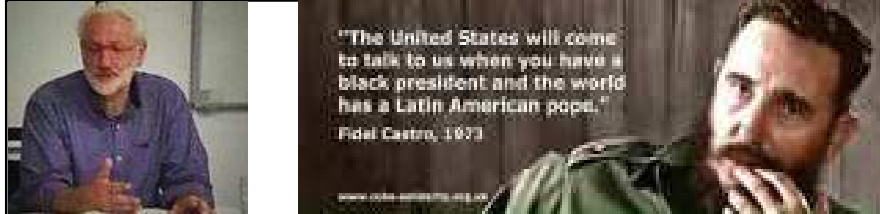
Da wechselt der RP Lars Witteck in eine andere Firma – ein normaler Vorgang in diesem System. Nun herrscht Empörung in einigen linken Kreisen, sie verlangen eine Karenzzeit wie bei Ministern. Welch bahnbrechende Forderung! So ein Wechsel des Brötchengebers wird damit weder infrage gestellt noch verhindert - ebenso wenig wie der Wechsel von Gewerkschaftsfunktionären auf die Gegenseite. Das ist alles systemimmanent. Herr Witteck ist übrigens bei seinen Mitarbeitern beliebt, wovon der Spitzname „Schwabbelbacke“ zeugt. Dass er sich für Asylbewerber eingesetzt hat, sei nur am Rande erwähnt. M.B.

Blockade aufheben! Kuba bleibt sozialistisch

Mehr als 40 Interessierte waren zur Veranstaltung der Linkspartei „Cubas Perspektiven. Karibischer Sozialismus, Nachhaltigkeitspolitik und Herausforderungen“ am 13. Juli in den Vortragsraum der Kongresshalle gekommen. Der Zukunftsforscher Dr. Edgar Göll aus Berlin stellte in seinem Referat die weltweit vorbildliche ökologische Entwicklung des Landes dar, aber auch die Jahrzehnte andauernde völkerrechtswidrige Blockade der USA, die Kuba einen wirtschaftlichen Schaden von mehr als 1 Billion \$ zugefügt hat. Zwar habe Obama im vergangenen Jahr eingestehen müssen, dass diese Politik, die den Sozialismus in Kuba beseiti-

gen sollte, gescheitert ist. Eine Abkehr von diesem Ziel ist damit keineswegs verbunden, die Blockade wie auch die rechtswidrige Besetzung des US-Stützpunktes Guantanamo auf kubanischem Land dauern

Umarmungstaktiken des Westens zu verteidigen, beantwortete er mit einem klaren Ja. Denn die politischen Verhältnisse auf dem amerikanischen Kontinent haben sich in den vergangenen Jahren mit den Reformen in



Links der Referent Edgar Göll, der auch das prophetische Zitat von Fidel Castro aus dem Jahr 1973 mitbrachte: *Die USA werden mit uns reden wollen, wenn sie einen schwarzen Präsidenten und die Welt einen Papst aus Lateinamerika haben wird.*

Venezuela und Bolivien, mit der Gründung des lateinamerikanischen Bündnisses ALBA (dem neun Staaten angehören) sowie CELAC, (dem alle souveränen Staaten Amerikas au-

ßer den USA und Kanada angehören) grundlegend zugunsten auch Kubas geändert. Und: die Kubaner haben für ihre sozialistische Revolution gekämpft und werden sie zu verteidigen wissen.

ber den USA und Kanada angehören) grundlegend zugunsten auch Kubas geändert. Und: die Kubaner haben für ihre sozialistische Revolution gekämpft und werden sie zu verteidigen wissen.

Eritrea-Festival: Gegen die verlogene Hetz-Kampagne

Als geladener Gast des Eritrea-Festivals in Gießen hatte ich wieder die Möglichkeit zur Teilnahme an einem großartigen kulturellen Fest, zu dem

das Land, das ich selbst besucht habe, zu verklären, ist festzustellen, dass Eritrea mit kostenlosem Bildungs- und Gesundheitswesen, mit der niedrigsten AIDS-Rate des Kontinents und vielen weiteren Errungenschaften im Vergleich mit anderen afrikanischen Staaten vorbildlich ist und Unterstützung verdient. Dass die Grenzen Eritreas vom Nachbarland Äthiopien - mit Unterstützung der USA - trotz bestehender internationaler Verträge nicht

gesetzt ist, ist bedauerlich. Dies macht auch den sehr langen Militärdienst erforderlich, aufgrund dessen junge Menschen das Land verlassen. Wie ich dort auch erfuhr, soll der Wehrdienst in nächster Zeit auf 18 Monate begrenzt werden, was sicher die Situation entspannen dürfte. Als ein Grund für die Verleumdungen und Lügen, die über das Land verbreitet werden, kann die Tatsache vermutet werden, dass Eritrea seine Entwicklung selbst bestimmen will und weitgehend ohne ausländisches Kapital seine Bodenschätze nutzt. - Beide Tageszeitungen haben die Veröffentlichung dieser Pressemitteilung abgelehnt.

Michael Beltz

anerkannt werden und das Land einer permanenten Kriegsdrohung ausge-



etwa 2500 Menschen aus Deutschland, aber auch aus anderen europäischen Ländern sowie der USA ange-reist waren. Umso erstaunter war ich, dass nicht dieses Ereignis mit seiner Vielzahl programmatischer Höhepunkte - darunter der Tanzauftritt von Kindern gießener Schulen - in der Presse gebührend Erwähnung fand, sondern die kleine „Gegendemonstration“ mit gerade 120 genannten Teilnehmern gegen „Menschenrechtsverletzungen in Eritrea“. Die gut 1000 Demonstranten, die während des Festivals gegen genau diese Verleumdungen auf die Straße gingen, sind totgeschwiegen worden. Ohne

Frieden in Kurdistan - Freiheit für A. Öcalan

Dafür demonstrieren gut hundert Menschen am 21. Juli auf dem Kirchenplatz. Sie forderten die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei und die Beendigung der Isolationsfolter.



Studieren nicht leicht gemacht

Wer sich für ein Studium an der Justus-Liebig-Universität in Gießen entscheidet, sollte sich von vornherein darauf einstellen, so einige Hürden überwinden zu müssen.

Seit der Einführung des Bachelor/Master-Systems 2006 an den Universitäten in Deutschland ist der Druck höher denn je. Die Regelstudienzeit wurde dabei auf ca. 5 - 6 Semester reduziert. In drei Jahren sollte man also bereits seine Bachelor-Arbeit abgegeben haben, in zwei weiteren Jahren auch die Master-Arbeit - und das bei meist überfüllten Hörsälen. Hinzu kommt der finanzielle Aspekt: Vom Bafög zu leben, gestaltet sich oft als schwierig. Die meisten Studierenden sind gezwungen, nebenher arbeiten zu gehen. Somit ist es noch komplizierter, den Anforderungen gerecht zu werden. Ist die Regelstudienzeit überschritten, wird das Bafög gestrichen; die letzte Chance, die einem bleibt, ist die Beantragung eines Studienkredits, durch den man

sich im Endeffekt noch mehr verschuldet. Auch unsere Uni in Gießen ist von diesen Auswirkungen betroffen. Beispielsweise werden pro Modulprüfung drei Versuche gestattet. Gelingt es auch beim dritten Versuch nicht, die Prüfung zu bestehen, so wird die betreffende Person ohne Wenn und Aber exmatrikuliert.

Versuche, sich dagegen zu wehren, bleiben meist erfolglos; sie sind mit einem gewaltigen bürokratischen Aufwand verbunden, der schon so manchen einen in den Wahnsinn getrieben hat. Letztendlich gibt es dafür keine rechtliche Grundlage und man bleibt der Willkür des Prüfungsausschusses ausgesetzt. Da die Angestellten der Uni oftmals von prekären Beschäftigungsverhältnissen, Stress und Kürzungen betroffen sind, kann es vorkommen, dass Beratungen unfreundlich und wenig hilfreich ausfallen. Um die benötigten Informationen muss man sich schlussendlich meist selber kümmern. Unter diesen Voraus-

Der Terror marschiert

Deutschland entging zwölf Terroranschlägen seit dem Jahr 2000; sie seien entweder misslungen oder konnten vereitelt werden, sagte der Innenminister (Reuters, 7.7.15) und rechtfertigte damit das vorbeugende Abhören von Wohnungen und Telefonen, das heimliche Filmen und Durchsuchen von Computern, kurz, die vollkommene Bespitzelung ohne konkreten Verdacht. Allein neun Terroranschläge wurden nach 2000 durch diese Gesetze nicht verhindert: die Morde der Terrorgruppe NSU.

Sie sollten wohl auch gar nicht verhindert werden, denn es verdichten sich die Hinweise, dass hierbei der Staat selbst informiert, wenn nicht gar involviert war.

Und die sich aktuell häufenden Anschläge auf Unterkünfte von Flüchtlingen werden damit auch nicht vereitelt – und sollen es wohl auch nicht.

Gerade wurde gesetzlich geregelt, welche (rassistischen, antisemitischen...) Straftaten die V-Leute in Ausübung ihres „Berufes“ innerhalb der faschistischen Szene verüben



dürfen, ohne belangt zu werden. Mit geschürter Terrorhysterie gegenüber dem Islam bei gleichzeitigem Ignorieren der Faschisten wurde der Sicherheitsapparat perfektioniert. Er ist nun bereit zur Bekämpfung von Terroristen jeglicher Couleur: Gewerkschafter, Umweltschützer, Sozialisten, Globalisierungsgegner, Kommunisten, Pazifisten, Demokraten...

Michael Beltz

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

3 WOCHEN GRATIS!

Die Tageszeitung **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

setzungen studieren zu müssen, sorgt lediglich für Frust, Ärger und ein schlechtes Studienergebnis. Wir stellen uns etwas anderes unter einem erfolgreichen Studium vor. Deshalb fordern wir von der SDAJ Gießen/Marburg ein transparentes Studiensystem ohne Zeitdruck, die Abschaffung von Zulassungs- und Zugangsbeschränkungen sowie kostenfreie Bildung für alle. Widerstand ist notwendig und wird zur Pflicht!

<http://www.sdaj-hessen.de/category/giesenmarburg/>
sdaj-giessenmarburg@gmx.de

Leserbrief

Am Acht-Stunden-Tag wird nicht gerüttelt? SPD und Gewerkschaften wollen an der bisherigen Regelung festhalten? Das wundert mich jetzt aber. Bisher haben die Beiden doch alle Wünsche aus der Wirtschaft mit ihren Segenswünschen begleitet. Wann sind wieder Wahlen? Bitte im Kalender notieren Frau Nahles, ab wann die Arbeitnehmer ihre Arbeitszeit flexibler gestalten „dürfen“. Wäre doof, wenn ihre Pläne vorher bekannt würden. Dann wären auch die 20% für ihren Laden unerreichbar. Wolfgang Seibt „Die Großen hören auf zu herrschen, wenn die Kleinen aufhören zu kriechen.“ Friedrich Schiller

Redaktionsschluss für September-Echo: Mi., 26. Aug.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr. 193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Samstag, 29. August 2015 Christopher Street Day in Gießen

12 - 20 Uhr: Straßenfest auf dem Kirchenplatz
12.30 Uhr: Demo ab Rathausvorplatz (Berliner Platz)
21 Uhr: Official CSD Party im Irish Pub, Walltorstr. 27
(Einlass ab 20 Uhr, VVK: 6 Euro, Abendkasse: 8 Euro)

Buchvorstellung + Diskussionsveranstaltung Rufmord. Die Antisemitismus- Kampagne gegen links*)

Freitag, 18. September, 20 Uhr, DGB-Haus, Walltorstr. 17, Dachsaal

Referent + Autor: Wolfgang Gehrcke,

MdB, stellvertr. Fraktionsvorsitzender und im Vorstand der Linkspartei

Veranstalter: Antifa-Plenum Gießen

*) Pappyrossa Verlag, 177 Seiten, 12.90 Euro, ISBN 978-3-89438-586-6

Kolonialisiertes Land EU-Kurs gegenüber Griechenland

Alexis Tsipras hat der räuberischen Erpressung durch die EU zugestimmt. Eine große Koalition unter Einschluss der vom Volk abgestraften »Altparteien« Pasok und Nea Dimokratia sowie Teilen des »Hoffnungsträgers« Syriza wird diesen Kurs im griechischen Parlament voraussichtlich mittragen. Zu den Eckpunkten dieser Erpressung zählen ein dramatischer Angriff auf die Kaufkraft der ohnehin verarmten Massen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, ein Kahlschlag bei den Renten sowie die Überführung staatlichen Eigentums in einen Treuhandfonds, der weitestgehend der staatlichen Souveränität Griechenlands entzogen wird.

Vor allem die letztgenannte Maßnahme erinnert sehr an die Annexion der DDR, zumindest den ökonomischen Teil davon – falsch ist diese Parallele nicht. Die Direktiven der Erpresser werden die Arbeitslosigkeit, die Massenarmut, die soziale Verelendung in Griechenland steigern, und sie werden die Verschuldung nicht beseitigen.

Sie führen das fort, was die EU begonnen hat: Sie werfen die griechische Ökonomie, das griechische Volk dem Monopolkapital zum Fraße vor, dem Monopolkapital der starken imperialistischen Länder, vor allem Deutschlands. Aber auch den griechischen Monopolen, die entweder gefressen werden oder als Trittbrettfahrer profitieren, wobei das Los der Besitzer gefressener Monopole kein schlechtes sein muss.

Mit dieser Erpressung hat die EU ihren Charakter als imperialistisches Bündnis

mit härtester Dramatik gezeigt. Gleichzeitig ist dies eine Momentaufnahme der laufenden Veränderung des Charakters der Europäischen Union hin zu einer immer deutscheren EU. Das bringt Konflikte mit sich. Die Widersprüche zwischen Frankreich, Italien und Deutschland waren deutlich. Die Widersprüche wurden zurückgestellt zugunsten der Gemeinsamkeit. Am Beispiel Griechenland wurde demonstriert: Wer gegen den Stachel löckt, der wird gezwungen, sich jeder Erpressung zu beugen.

Erpresser und Erpresster stehen niemals auf einer Stufe, das gilt auch für die griechische Regierung. Trotzdem hat die Illusion von der »Augenhöhe« zwischen schwacher Ökonomie und führenden Imperialisten und damit die Illusion von einem Ausweg in der EU den Erpressern den Weg vereinfacht und die nun drohende große Koalition im griechischen Parlament ermöglicht. Die Gefahr, dass dies zu massenhafter Frustration und Rechtsentwicklung führt, ist groß.

Zu reden ist aber auch über die Verantwortung der Fortschrittskräfte in Deutschland. Es ist nicht gelungen, das sogenannte Standortdenken zurückzudrängen und Internationalismus neu zu verankern. Eher gelang es den Herrschenden, ihren Medien und ihren Politikern, Nationalismus zu verankern. Das zu ändern erfordert analytische Klarheit, Massenaktionen und Klassenkampf – in Griechenland, Deutschland und der EU.

Gastkommentar von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, in der "jungen Welt" vom 16.7.2015

Widerstand gegen Hartz IV montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

Dienstag, 1. September
DKP-Veranstaltung

mit

**Reinhard
Lauterbach,**

Buchautor und Mitarbeiter der "jungen Welt" - Einzelheiten folgen

Thema: Ukraine



Vom 1. bis 3. Juli 2016 soll wieder in Dortmund im Revierpark Wischlingen das UZ-Pressfest - Volksfest der DKP stattfinden. Zur Finanzierung gibt es bereits die Festbuttons zu 10 bzw. 5 Euro.



news.dkp.de / dkp-giessen.de

**Die DKP Gießen gibts
auch bei Facebook**

**Das Gießener
Echo kostet Geld**

**Wir bitten um Spenden und
die Bezahlung der Abo-Ge-
bühren auf das Konto:
Sparkasse Gießen,
IBAN: DE75 5135 0025
0000 1930 70**